

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung (StEA) nimmt den Entwurf des Haushaltes 2015 / 2016 zu den Produktbereichen und Produktgruppen seines Zuständigkeitsbereiches zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Änderungen:

1.Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 516/2014-2, StEA 12.11.2014, TOP 7

15	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.-, bewirtschaftung	354	StEA	UWG / Forum	Anfrage/Antrag: 5000185 <i>Radverkehrskonzept</i> Aus den Haushaltsansätzen sollte der vorhandene Radweg an der L183 instandgesetzt werden. Antwort der Verwaltung: Der Radweg entlang der L 183 liegt vollständig im Eigentum und in der Baulast von Straßen NRW. Zuständig für die Sanierung des Radweges ist somit der Landesbetrieb Straßen in Euskirchen. Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.
Einstimmig						
11	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.-, bewirtschaftung	332	StEA	SPD	Anfrage/Antrag: Errichtung von Parkscheinautomaten: Streichung der Ansätze für 2015/2016 Antwort der Verwaltung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken, die Mittel für die Errichtung von Parkscheinautomaten vorerst nicht im Haushalt zu veranschlagen. Voraussetzung für die Veranschlagung ist das Vorliegen eines umfassenden Parkraumbewirtschaftungskonzeptes. Im Hinblick auf die derzeit im zuständigen Bereich zu erledigenden Aufgaben war eine Vergabe und Betreuung eines solchen Konzeptes bisher nicht möglich. Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt die Streichung der Ansätze

						für Parkscheinautomaten in 2015 und 2016.
Der Antrag ist erledigt durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm.						
13	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.,-bewirtschaftung	354	StEA	SPD	<p>Anfrage/Antrag: Radverkehr: Schaffung eines Budgets für kleinere Maßnahmen, Ansatz: 10:000 €</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der Bürgermeister hat keine grundsätzlichen Bedenken, wie beantragt zu beschließen. Er verweist lediglich auf die gesamte Haushaltssituation.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.</p> <p>Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die Mittel von 10.000 € für kleinere Maßnahmen zum Radverkehr bereitzustellen.</p>
Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.						
27	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.,-bewirtschaftung	324	StEA	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Unterhaltungspflege Alexander-Bell-Straße Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Ausschreibung für die Unterhaltungspflege der Alexander-Bell-Straße zu entwerfen und diese mit Einheitspreisen zu versehen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken, bei Übernahme der Flächen durch die Stadt die Unterhaltungspflege als Probetrieb auszuschreiben. Eine derartige intensivere Aufgabenwahrnehmung hätte jedoch Präcedenzwirkung auf viele Bereiche des Stadtgebietes. Für eine Intensivierung der Grünpflege bietet der Haushalt der Stadt aus der Sicht des Bürgermeisters jedoch keinerlei Spielraum.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt den Bürgermeister, eine Ausschreibung für die Unterhaltungspflege der Alexander-Bell-Straße zu entwerfen</p>

						und diese mit Einheitspreisen zu versehen.
Einstimmig						
30	Anfrage	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.-bewirtschaftung	330	StEA	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Riss-Sanierung Der Bürgermeister wird beauftragt, darzustellen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. inwieweit die bereits durchgeführten Rissanierungen zum nachhaltigen Substanzerhalt beigetragen hat? 2. welche Maßnahmen im Rahmen der Rissanierungen im Rahmen der Haushaltsjahre 2015 / 2016 vorgesehen sind? <p>Antwort der Verwaltung: zu 1.: Die im Jahr 2012 bis 2014 durchgeführten Rissanierungen haben zum nachhaltigen Substanzerhalt der verkehrswichtigen Straßen (Buslinien, Hauptsammelstraßen) beigetragen. Seit 2012 wurde die Rissanierung auf den vorgenannten Straßen in den Ortschaften Bornheim, Roisdorf, Brenig, Hemmerich, Rösberg, Merten und Walberberg durchgeführt. Die Umsetzung der geplanten Riss-Sanierung 2014 wird aktuell noch ausgeführt. zu 2.: Es ist geplant für alle Folgejahre 200.000 € / Jahr in die Rissanierung zu investieren und die Ausdehnung in das Ortsstraßennetz zu erweitern.</p>
Zur nächsten Sitzung soll ein Sachstandsbericht vorgelegt werden, in wie weit die Riss-Sanierungen durchgeführt worden sind.						

31	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg,-bewirtschaftung	364	StEA	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Kreisverkehr Bonner Str./ Herseler Str./ Siegesstr. Der Bürgermeister wird beauftragt, keine investiven Mittel zur Errichtung des Kreisverkehrs Bonner Str./ Herseler Str./ Siegesstr. einzustellen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken, da derzeit keine Kofinanzierung zum Bebauungsplan Ro 17 besteht. Der städtebauliche Vertrag wäre entsprechend anzupassen. Grundsätzlich hält die Verwaltung aus den in der Vergangenheit mehrfach dargestellten Gründen aber einen Umbau der og. Kreuzung zur Verbesserung der Verkehrssituation für dringend geboten.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat folgenden Beschlussentwurf: Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die im Haushaltsplanentwurf 2015 / 2016 geplanten Mittel für den Ausbau des Kreisverkehrsplatzes vorerst zu streichen.</p>
Der Antrag ist erledigt durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm.						
32	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg,-bewirtschaftung	366	StEA	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Barrierefreie Bushaltestellen Der Bürgermeister wird beauftragt, im Zuge des barrierefreien Ausbaus aller Bushaltestellen im Stadtgebiet ebenfalls geeignete Sitzmöglichkeiten mit einzuplanen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Derzeit wird die Konzeption für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen vorbereitet. Diese soll dem Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt werden. Dabei kann auch die Möglichkeit berücksichtigt werden, an den Haltestellen soweit noch nicht vorhanden, auch Sitzgelegenheiten vorzusehen.</p>

						Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.
Einstimmig						
33	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhalt,-bewirtschaftung	324	StEA	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Straßenbauprogramm Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erstellung des Fußweges entlang des Zweigrabenweges sowie investive Mittel für die Pflasterung des Dorfplatzes in Hemmerich im Straßenbauprogramm für 2017 zu berücksichtigen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: - Fußweg Zeigrabenweg: Zum Fußweg entlang des Zweigrabenweges wird auf die Vorlage 152/2014-9 verwiesen. Weiterhin wird auf die Vorlage zum Straßenbauprogramm 618/2014-9 zur Sitzung am 12.11.2014 verwiesen. - Dorfplatz Hemmerich: Der in der Örtlichkeit vorhandene "Dorfplatz" erstreckt sich über einen Teil der öffentlichen Straßenlandparzelle Kreuzbergstraße, der überwiegende Flächenanteil ist Bestandteil der Liegenschaft der "Alten Schule" Hemmerich. Die Verwaltung verweist auf die Sachverhaltsdarstellung / Beschlusslage zur Vorlage 507/2014-9 u. 061/2014-9 und empfiehlt die beantragte Befestigung im Zuge des beitragspflichtigen Straßenausbaues Kreuzbergstraße. Weiterhin wird auf die Vorlage zum Straßenbauprogramm 618/2014-9 zur Sitzung am 12.11.2014 verwiesen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.</p>
Der Antrag ist erledigt durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm.						

24	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg,-bewirtschaftung	331	StEA	UWG / Forum	<p>Anfrage/Antrag: Verkehrssituation im oberen Bereich der Broichgasse in Merten (Haus 22 a – 26) Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Lücke im Bürgersteig zwischen Haus 22 a -26 geschlossen und im Hinblick auf die Schulwegsicherung kurzfristig umgesetzt werden kann. Die zu veranschlagenden Kosten bitten wir, uns bei den Haushaltsberatungen mitzuteilen.</p> <p>Erläuterung: In dem genannten Bereich wurde der bis zur Straße reichende Altbestand durch neue zurückliegende Reihenhäuser ersetzt. Demzufolge kann nun endlich zwischen Haus 22 a – 26 der Bürgersteig geschlossen werden, der bisher in diesem Bereich beidseitig nicht vorhanden war. Diese Maßnahme dient in erster Linie der Schulwegsicherung. Wir beantragen daher, sie in das laufende Straßenausbauprogramm aufzunehmen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken gemäß dem Antrag den Lückenschluss des Gehweges auf der Broichgasse zu prüfen, hält jedoch eine Aufnahme ins Straßenbauprogramm für entbehrlich. Die verkehrssichere Befestigung des Gehwegbereiches vor den neu erstellten Häusern wird im Rahmen der Anlage der Grundstückszufahrten/Bordsteinabsenkungen mit dem Bauträger abgestimmt. Zur Herstellung einer verkehrssicheren Gehwegabsenkung/Grundstückszufahrt sind diese Kosten ohnehin vom Bauträger zu übernehmen. Lediglich für die Bereiche zwischen den Grundstückszufahrten, fallen gegebenenfalls Herstellungskosten in</p>
----	--------	---	-----	------	-------------	---

						Höhe von ca. 2.500 € an, die von der Stadt zu tragen wären. Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.
Einstimmig						

23	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg,-bewirtschaftung	325	StEA	FDP	<p>Anfrage/Antrag: Erhöhung des Erhaltungsaufwands pro m² Straße auf 0,75 Euro.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Aus einer Erhöhung des jährlichen Unterhaltungsaufwandes auf 0,75 €/m² für die Ortsstraßen resultiert ein Mittelbereitstellung (konsumtiv) von rd. 1.600.000 €/a. Die Verwaltung hat keine grundsätzlichen Bedenken, zur nachhaltigen Straßenunterhaltung den jährlichen Unterhaltungsaufwand für bereits erstmalig hergestellte Straßen zu erhöhen, weist jedoch darauf hin, dass die Personalkapazitäten mit den daraus resultierenden, zusätzlichen Maßnahmen nicht ausreichen, den o. a. jährlichen Kostenansatz umzusetzen. Mit den im Haushaltsplanentwurf 2015 / 2016 aufgeführten investiven und konsumtiven Projekten/Maßnahmen im Tiefbaubereich ist eine Auslastung gegeben. Eine Berücksichtigung im Straßenbauprogramm bedingt die Streichung eines mindestens gleichwertigen konsumtiven Projektes oder einer deutlichen Erhöhung der Personalkapazität. Auf die Ausführungen zur Vorlage 618/2014-9 (Straßenbauprogramm 2015) zur Sitzung StEA am 12.11.2014 wird hingewiesen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.</p>
Der Antrag ist durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm zurückgestellt.						

2. Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 516/2014-2, StEA 12.11.2014, TOP 7

Nr.	Art	PG	Seite HH	Gremium	Fraktion	Erläuterungen
12	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.-bewirtschaftung	325	StEA	SPD	<p>Anfrage/Antrag: Deckenerneuerung auf Straßen, jährlich 1 km, Ansatz: 250.000 €, gleiche Summe in den Folgejahren</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die beantragte Deckenerneuerung auf Ortsstraßen mit einem Ansatz von 250.000 €/a (konsumtiv) würde zusätzlich zu den veranschlagten Projektkosten der Rissanierung erfolgen und diese, jedoch kostengünstigere Straßenunterhaltungsmaßnahme, zum Teil entbehrlich machen. Der Bürgermeister hat keine grundsätzlichen Bedenken, zur nachhaltigen Straßenunterhaltung ein Deckensanierungsprogramm für bereits erstmalig hergestellte Straßen aufzulegen, weist jedoch darauf hin, dass die Personalkapazitäten dieser zusätzlichen Maßnahme mit dem im Haushaltsentwurf 2015 / 2016 aufgeführten investiven und konsumtiven Projekten / Maßnahmen im Tiefbaubereich ausgelastet sind. Eine Berücksichtigung im Straßenbauprogramm bedingt die Streichung eines mindestens gleichwertigen konsumtiven Projektes oder eine Erhöhung der Personalkapazität. Auf die Ausführungen zur Vorlage 618/2014-9 (Straßenbauprogramm 2015) zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 12.11.2014 wird hingewiesen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.</p>

Der Antrag ist durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm zurückgestellt.						
14	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.,-bewirtschaftung	359	StEA	SPD	<p>Anfrage/Antrag: Bushaltestellen Linie 817: Streichung des Ansatzes</p> <p>Antwort der Verwaltung: Zunächst sollen dort nur provisorische Bushaltestellen ausgebaut werden, da die Buslinie schon zum 14.12.2014 diese Busstrecke befahren soll. Im Rahmen des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen bis 2022 sollen diese beide Haltestellen ebenfalls endgültig barrierefrei ausgebaut werden. Der Bürgermeister hält daher den Ansatz für erforderlich.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt den Bürgermeister den Ansatz zu streichen.</p>
Einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (FDP)						
30	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.,-bewirtschaftung	369	StEA	FDP	<p>Anfrage/Antrag: Baumaßnahme Bayerstraße streichen</p> <p>Antwort der Verwaltung: Hier wird auf die Vorlage zum Straßenbauprogramm 618/2014-9 verwiesen. Die Baumaßnahme ist erforderlich und Bestandteil des Straßenbauprogrammes.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.</p>
Der Antrag ist erledigt durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm.						
31	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.,-bewirtschaftung	364	StEA	FDP	<p>Anfrage/Antrag: Kreisverkehr Bonner Str. / Siegesstr. / Herseler Str. aus Maßnahmenliste streichen</p> <p>Antwort der Verwaltung: In diesem Zusammenhang liegt ferner der Antrag Nr. 31 der CDU Fraktion vor, wonach keine investiven Mittel zur Errichtung des Kreisverkehr eingestellt werden sollen. Siehe auch 1. Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 516/2014-2.</p>

						<p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.</p>
Der Antrag ist erledigt durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm.						
32	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg,-bewirtschaftung		StEA	FDP	<p>Anfrage/Antrag: Umsetzung einer Parkraumbewirtschaftung für die Parkplätze Rathaus, AvH-Gymnasium, Europaschule inkl. Nebenstraßen. Vorlage von Vorschlägen für weitere zu bewirtschaftende Zonen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der Bürgermeister sieht derzeit eine Parkraumbewirtschaftung für die angesprochenen Flächen als problematisch an. Im Hinblick auf die derzeit im zuständigen Bereich zu erledigenden Aufgaben war eine Vergabe und Betreuung eines solchen Konzeptes bisher nicht möglich. Ein Parkraumbewirtschaftungskonzept für die angesprochenen Bereiche würde zu einem erheblichen Verdrängungseffekt in die umliegenden Straßen führen. Die Erhebung von Parkgebühren würden zudem Bürger und Mitarbeiter von Schulen und Stadtverwaltung zusätzlich belasten. Außerdem hält der Bürgermeister die Nutzung der P&R-Flächen ohne Bewirtschaftung für zweckmäßig, zudem müssen die im jeweiligen Einzelfall zu beachtenden Auflagen aus der öffentlichen Förderung beachtet werden.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters und beschließt, vorläufig auf ein Parkraumbewirtschaftungskonzept zu verzichten.</p>

Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

22	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg,-bewirtschaftung	364	StEA	Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Anfrage/Antrag: Freigabe der Mittel vorbehaltlich des Verkaufs der Grundstücke Einkaufszentrum Roisdorf</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die auf der Seite 364/444 veranschlagten Mittel sollen für die Auszahlungen der Baumaßnahme 5.000323 Kreisverkehr Bonner Str. / Herseler Str. / Siegesstr. verwendet werden. Der Bürgermeister hat keine Bedenken, die im Haushaltsplanentwurf 2015 / 2016 geplanten Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeister zur Kenntnis und beschließt, die geplanten Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p>
----	--------	---	-----	------	-------------------------	---

Erledigt.

24	Anfrage	1.12.03 Straßenreinigung	374	StEA	Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Anfrage/Antrag: Warum werden die Kosten für die Beseitigung von Ölschmutz gegenüber 2014 von 8.000 € auf 30.000 € erhöht?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Bisher hat der Stadtbetrieb die Beseitigung der Ölschmutz in seiner Zuständigkeit veranlasst. Nach der neuesten Rechtsprechung darf der Stadtbetrieb dies nicht mehr und die Stadt hat diese Kosten selber in den Haushalt einzustellen.</p>
----	---------	--------------------------	-----	------	-------------------------	--

Für die Haupt- und Finanzausschusssitzung soll die Ist-Zahl aus dem Jahr 2013 mitgeteilt werden.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Programm zur Bürgersteigsanierung

Antrag auf Einstellung von Mitteln für ein Programm zur schrittweisen Sanierung der Bürgersteige in Bornheim.

Der Antrag ist durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

4.Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 516/2014-2, TOP 7

Nr.	Art	PG	Seite HH	Gremium	Fraktion	Erläuterungen
22	Antrag	1.01.14 Liegenschaftsverwaltung	80	StEA / SBB	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Grünpflege BO 16 Verwaltungsratsmitglied Wirtz beantragt,</p> <ol style="list-style-type: none">am Beispiel BO 16 darzustellen, wie die Grünpflege BO 16 erfolgt. Hierbei ist darzustellen, welche Leistungsvereinbarung inklusive Pflegerhythmus es gibt.für die Alexander-Bell- Straße die Unterhaltungspflege zu kalkulieren. <p>Antwort der Verwaltung: Der Stadtbetrieb Bornheim hat hierzu wie folgt Stellung bezogen. Für BO 16 liegen dem Stadtbetrieb derzeit noch keine Angaben/Pläne über das geplante Straßenbegleitgrün/Beete vor.</p> <p>Für die Alexander-Bell-Straße kalkuliert der Stadtbetrieb die Unterhaltungspflege für die Bereiche, die bereits von der Unterhaltungspflege durch Fremdfirmen in die Pflege des SBB übergegangen sind, wie folgt: Bisherige Grünfläche: 1.083,50 m² werden für 2,33 € / m² gepflegt. Es entstehen somit Gesamtkosten von 2.524,56 €.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.</p>
Die CDU-Fraktion stellt den Antrag zurück.						

28	Antrag	1.01.15 Gebäudewirtschaft	87	StEA	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Nachhaltiger Substanzerhalt städtischer Gebäude Der Bürgermeister wird beauftragt, das Verhältnis von Erhaltungsaufwand zum KGSt-Gebäudeneubauwert ab dem Jahr 2016 ff. auf 1 % für die Immobilien der Stadt Bornheim festzuschreiben.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Siehe Antwort zum Antrag Nr. 2 der FDP-Fraktion.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.</p>
Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.						
2	Antrag	1.01.15 Gebäudewirtschaft	87	STE A	FDP	<p>Anfrage/Antrag: Das Verhältnis des Erhaltungsaufwands städtischer Gebäude zum KGSt-Gebäudeneubauwert wird für die Jahre 2016 ff. auf 1% festgesetzt.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Zum Verhältnis des Erhaltungsaufwandes zum KGSt-Gebäudeneubauwert sind auf Seite 87 / 444 des Haushaltsplanentwurfes 2015 / 2016 die Zielrichtungen und Wirkungen für eine bedarfsgerechte und rechtmäßige Bewirtschaftung der städtischen Immobilien dargestellt. In der Produktbeschreibung wird die Zielrichtung / Wirkung aufgezeigt, langfristig der Empfehlung der KGSt zu folgen und einen durchschnittlichen Wert von 1,2 % anzustreben. Die Erreichung dieses Ziels ist unter dem Einsatz von entsprechendem angemessenem Personal möglich.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.</p>
Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.						

4	Antrag	1.01.15 Gebäudewirtschaft		StEA	FDP	<p>Anfrage/Antrag: Der BM wird beauftragt, frei werdende Mietwohnungen nicht mehr neu zu belegen, sondern zunächst einen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur weiteren Nutzung der Wohnung bzw. des gesamten Gebäudes herbeizuführen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der Bürgermeister hat keine Bedenken, vor Neubelegung einer frei werdenden Wohnung bzw. eines frei werdenden Gebäudes einen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses über die Nutzung der Wohnung bzw. des gesamten Gebäudes einzuholen.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, vor Neubelegung einer frei werdenden Wohnung bzw. eines frei werdenden Gebäudes einen Beschluss des zuständigen Ausschusses über die Nutzung der Räumlichkeiten einzuholen.</p>
Einstimmig						

9	Antrag	1.01.15 Gebäudewirtschaft	101	STE A	FDP	<p>Anfrage/Antrag: Zur Erweiterung der Europaschule sollen die möglichen baulichen Alternativen im Schulausschuss vorgestellt und eine der Alternativen beschlossen werden.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die Überlegungen und Planungen werden dem Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel vorgestellt.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, die Überlegungen bzw. Planungen zur Erweiterung der Europaschule und zu möglichen baulichen Alternativen dem Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel vorzulegen.</p>
Einstimmig						

5. Ergänzungsvorlage zur Vorlage Nr. 516/2014-2, TOP 7

Nr.	Art	PG	Seite HH	Gremium	Fraktion	Erläuterungen
31	Antrag	1.12.02 Straßenbau,-unterhaltg.,-bewirtschaftung	364	StEA	CDU	<p>Anfrage/Antrag: Kreisverkehr Bonnerstr./ Herselerstr./ Siegesstr. Der Bürgermeister wird beauftragt, keine investiven Mittel zur Errichtung des Kreisverkehrs Bonnerstr./ Herselerstr./ Siegesstr. einzustellen.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der geplante Kreisverkehrsplatz kann die vorhandenen prognostizierten Verkehrsprobleme lösen und auch die Lärmbelästigung z. T. erheblich reduzieren. Er ist Bestandteil des städtebaulichen Vertrages zum Ro 17 und aktuelle Beschlusslage der Stadt Bornheim. Es wird daher dringend empfohlen, entsprechende Mittel für den Ausbau in den Haushalt einzustellen. Siehe auch Vorlage Nr. 709/2014-7 sowie Antrag Nr. 22 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und beschließt, die geplanten Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p> <p>Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die im Haushaltsplanentwurf 2015 / 2016 geplanten Mittel für den Ausbau des Kreisverkehrsplatzes mit einem Sperrvermerk zu versehen.</p>

Der Antrag ist erledigt durch den Beschluss zum Straßenausbauprogramm.